



## **Verwaltung**

Frau Dr. Anne Bunte

Herr Johannes Feyrer

Herr Horst Koch

Herr Prof. Dr. Dr. Alex Lechleuthner

Herr Beigeordneter Dr. Harald Rau

Herr Dr. Jörg Schmidt

Herr Jörg Simon

Herr Frank Stobbe

## **Schriftführer**

Herr Volker Kaune

## **Presse**

## **Zuschauer**

## **Entschuldigt fehlen:**

## **Stimmberechtigte Mitglieder**

Frau Ursula Röhrig

DIE LINKE wird vertreten von Herrn Detjen, Jörg

## **Beratende Mitglieder**

Herr Günter Witzmann

AfD

Herr Thilo Fußen

Aidshilfe Köln e.V. wird vertreten von Frau Sänger, Sophie

Frau Stella Shcherbatova

Integrationsrat

Frau Elke Bussmann

SPD

Herr Ahmet Edis

GOL

Herr Robert Gaida

auf Vorschlag der FDP

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Dr. Unna begrüßt die Anwesenden.

Vor Eintritt in die Tagesordnung verpflichtet der Ausschussvorsitzende, RM Herr Dr. Unna, die neue sachkundige Einwohnerin, Frau Sabine Stiller, als Nachfolgerin von Herrn Jens Paaßen, mit dem dafür vorgegebenen Text.

Es gibt keine Änderungswünsche zur Tagesordnung.

Die Tagesordnung wird daher einstimmig wie folgt festgelegt:

## **Tagesordnung**

### **I. Öffentlicher Teil**

Top A) NotfallSanitäter; Chancen für die Personalgewinnung

#### **1 Gleichstellungsrelevante Themen**

#### **2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**

2.1 Beantwortung der Anfrage AN/0969/2017  
2029/2017

2.2 Beantwortung einer mündlichen Anfrage zur elektronischen Gesundheitskarte  
2671/2017

#### **3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

3.1 Brandschutz in Hochhäusern in Köln  
AN/1305/2017

3.2 Medizinische Notfallversorgung in Köln  
AN/1306/2017

3.3 Investitionsstau in Krankenhäusern  
AN/1314/2017

#### **4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

4.1 Ziffer 3 des Änderungsantrages der SPD-Fraktion zur Vorlage AN/2156/2016  
(Beauftragung der Verwaltung mit der Entwicklung begleitender niedrigschwelliger Hilfsangebote) aus der Ratssitzung vom 20.12.2016

#### **5 Beschlussvorlagen**

5.1 Einführung bzw. Ausbau des Berufsbildes „Notfallsanitäter und Notfallsanitäterin“ in der Feuerwehr und im Rettungsdienst Köln  
2445/2017

5.2 Änderung der städtischen Vertretung im Forensikbeirat an der LVR-Klinik Köln  
2375/2017

5.3 Förderung von Selbsthilfegruppen im Gesundheitsbereich, Haushaltsjahr  
2017  
2576/2017

- 5.4 Drogenhilfekzept im Rahmen der Suchthilfeplanung 2017/2018 der Stadt Köln  
2360/2017
- 5.5 Beschaffungsprogramm für Fahrzeuge des Rettungsdienstes 2017  
2269/2017
- 5.6 Beschluss des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes "Starke Veedel - Starkes Köln" für den Sozialraum "Bickendorf, Westend und Ossendorf"  
2481/2017
- 5.7 Beschluss des Integrierten Handlungskonzeptes "Starke Veedel - Starkes Köln" für den Sozialraum "Humboldt / Gremberg und Kalk"  
2488/2017
- 6 Mitteilungen**
- 6.1 Bericht über die Beschlüsse des Gesundheitsausschusses gemäß § 42 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen der Stadt Köln  
2072/2017
- 6.2 Beantwortung einer Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates im Ausschuss Schule und Weiterbildung zu Feinstaubmessungen rund um Kölner Schulen (AN/0938/2017)  
2157/2017
- 6.3 Handlungskonzept Behindertenpolitik "Köln überwindet Barrieren - eine Stadt für alle"  
2. Folgebericht - Bilanz 2012 - 2015 und Ausblick 2020  
hier: Prioritätenliste der Einzelmaßnahmen  
2292/2017
- 6.4 16. Bericht zur aktuellen Flüchtlingssituation  
2696/2017
- 6.5 Aufbau eines Hitzewarn- und Informationssystems  
2688/2017
- 6.6 Evaluierungsbericht zum Strategiepapier für ein ganzheitliches Toilettenkonzept in Köln  
2682/2017
- 6.7 Kölner Perspektiven 2030  
2794/2017
- 6.8 Luftreinhaltung - Sachstand zum Runden Tisch  
2665/2017

**7 Mündliche Anfragen**

**II. Nichtöffentlicher Teil**

**8 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**

**9 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

**10 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

**11 Beschlussvorlagen**

**11.1 Drogenhilfeangebot in Neumarktnähe  
2364/2017**

**12 Mitteilungen**

**12.1 Bericht über die Beschlüsse des Gesundheitsausschusses gemäß § 42 der  
Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen der Stadt Köln  
2073/2017**

**12.2 Jahresbericht 2016 der Selbsthilfe-Kontaktstelle Köln  
2274/2017**

**13 Mündliche Anfragen**

## I. Öffentlicher Teil

### **Top A) NotfallSanitäter; Chancen für die Personalgewinnung**

Der Abteilungsleiter der Gefahrenabwehr I und zentrale Einsatzorganisation des Amtes für Feuerschutz, Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz, Herr Stobbe, informiert anhand einer der Niederschrift beigefügten Präsentation über die Chancen zur Personalgewinnung im Berufsbild der Notfallsanitäter.

RM Herr Paetzold fragt, wie es zu den unplanmäßigen Abgängen nach der Ausbildung komme.

Herr Stobbe erläutert, dass die Abgänge mit der Ortsnähe anderer Feuerwehren zum Wohnort der ehemaligen Auszubildenden zu begründen seien.

RM Frau Gärtner fragt nach, ob die Notfallsanitäter der Stadt Köln reduziertere Kompetenzen hätten als in anderen Städten.

Der Abteilungsleiter Rettungsdienst des Amtes für Feuerschutz, Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz, Herr Prof. Dr. Dr. Lechleuthner, informiert, dass das Rettungsdienstfachpersonal in der Stadt Köln seit 1996 umfassende lebensrettende Maßnahmen (Notfalldefibrillation, Medikamentengabe etc.) durchführen kann. Mit dem Berufsbild des Notfallsanitäters hat die Ausbildung auch in invasiven Maßnahmen weiter zugenommen, so dass Notfallpatienten von diesen während der Ausbildung erlernten Maßnahmen und Medikamentengaben durch Notfallsanitäter profitieren können.

Zu der Frage von RM Frau Gärtner bestätigt er, dass es bei neuen Notfallsanitätern Hemmungen bzw. Angst geben könne, bei Überschreitung von Kompetenzen verklagt zu werden.

Herr Prof. Dr. Dr. Lechleuthner stellt bezüglich der Kompetenzen der Notfallsanitäter dar, dass diese, wenn sie die Anwendung beherrschen, diese lebensrettenden Maßnahmen auch durchführen dürfen. Lebensrettung bedürfe keiner gesonderten Genehmigung. Das Land NRW habe durch Ausführungsbestimmungen festgelegt, dass die Algorithmen dafür einheitlich sein müssten. Diese einheitlichen Algorithmen, die in NRW „Standardisierte Arbeitsanweisungen“ (SAA) heißen, werden vom Gesundheitsministerium per Erlass bekanntgegeben, was eben auch zur Rechtssicherheit beitragen sollte. Der erste dazu wurde am 13.12.2016 veröffentlicht, mit dem nächsten für eine Medikamentengabe sei noch in diesem Jahr zu rechnen.

RM Herr Detjen fragt nach, was man tun müsse, um das Personal halten zu können.

Herr Stobbe äußert dazu, dass die Karrieremöglichkeiten bei der Feuerwehr besser aufgezeigt werden müssten.

SE Herr Steffens fragt nach, wie der Standard der Fähigkeiten gehalten werden könne, wer die Kosten trage und wie die Fähigkeiten nachgewiesen werden können.

Herr Prof. Dr. Dr. Lechleuthner erläutert, dass die Kosten über Gebühren refinanziert würden. Zum Erhalt der Kompetenzen müssten mindestens 50 Einsatzschichten pro Jahr von den Fahrzeugführern geleistet werden und durch die Überprüfung mittels einer jährlichen Leistungskontrolle werde seit 1996 die Qualität gewährleistet. Nicht in allen Rettungsdienstbereichen seien solche Qualitätsstandards- und eine solche Qualitätskontrolle schon eingeführt.

SE Frau Sänger fragt nach, bis zu welcher Altersgrenze eingestellt werde.

Herr Stobbe beantwortet dies damit, dass dies aufgrund der Einschränkungen des Beamtenrechts bis zum 38,5 Lebensjahr möglich sei.

SE Frau Stiller fragt nach, wie die Ausbildung verlaufe.

Der Abteilungsleiter der Aus- und Fortbildung, Analytische Task Force des Amtes für Feuerschutz, Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz, Herr Dr. Schmidt, teilt dazu mit, dass es Verträge mit 24 Kliniken zwecks Ausbildung der Notfallsanitäter gebe.

RM Herr Kaske bittet um weitere Informationen zu den Weiterbildungen von Rettungsassistenten zu Notfallsanitätern mittels Ergänzungsprüfungen.

Herr Dr. Schmidt, erläutert, dass die Weiterbildungen mit einer Woche Vorbereitung an der Schule der Feuerwehr beginnen. Anschließend folgten 5-6 Wochen Selbststudium und 2 Wochen intensive schulische Weiterbildung. Danach werde die Prüfung vor dem Prüfungsausschuss des Gesundheitsamtes Köln abgelegt (2-fach praktisch und eine mündliche Erörterung in mehreren Disziplinen).

Herr Beigeordneter Dr. Rau betont, dass es wichtig sei, eine Verbesserung der Situation herbeizuführen. Das Gesundheitsamt werde durch die vermehrten Prüfungen noch mehr gefordert werden. Dies könne auch zu weiteren Kosten führen.

## **1 Gleichstellungsrelevante Themen**

keine

## **2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**

### **2.1 Beantwortung der Anfrage AN/0969/2017 2029/2017**

Der Gesundheitsausschuss nimmt die Beantwortung der Anfrage zur Kenntnis.

### **2.2 Beantwortung einer mündlichen Anfrage zur elektronischen Gesundheitskarte 2671/2017**

Der Gesundheitsausschuss nimmt die Beantwortung der Anfrage zur Kenntnis.

## **3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

### **3.1 Brandschutz in Hochhäusern in Köln AN/1305/2017**

Die Anfrage wird zur weiteren Bearbeitung in die Verwaltung überwiesen.

### **3.2 Medizinische Notfallversorgung in Köln AN/1306/2017**

Die Anfrage wird zur weiteren Bearbeitung in die Verwaltung überwiesen.

### **3.3 Investitionsstau in Krankenhäusern AN/1314/2017**

Herr Beigeordneter Dr. Rau informiert, dass die Verwaltung nicht vollumfänglich in der Lage sei, zu allen Fragen Auskunft zu geben. Dies liege daran, dass die Verwaltung nicht über krankenhauserinterne Informationen verfüge und die 23 im Krankenhausbedarfsplan des Landes NRW aufgenommenen Kölner Krankenhäuser eine Reihe der erfragten Angaben aus verschiedensten Gründen nicht preisgeben möchten. Gegebenenfalls wäre eine Beantwortung über die Bezirksregierung möglich.

Der Ausschussvorsitzende, RM Herr Dr. Unna, schlägt vor, dass die Verwaltung die Fragen, die sie beantworten könne, auch beantworte.

SE Frau Dr. Kuch gibt an, dass aus ihrer Sicht wohl der Investitionsstau bei der Informationstechnik gemeint sei.

Herr Beigeordneter Dr. Rau sagt eine schriftliche Beantwortung der Fragen, die die Verwaltung beantworten könne, zu.

## **4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

### **4.1 Ziffer 3 des Änderungsantrages der SPD-Fraktion zur Vorlage AN/2156/2016 (Beauftragung der Verwaltung mit der Entwicklung begleitender niedrigschwelliger Hilfsangebote) aus der Ratssitzung vom 20.12.2016**

RM Herr Paetzold schlägt vor, die Abstimmung analog zum Jugendhilfeausschuss vorzunehmen.

Beschluss (Änderungen kursiv markiert)

Ergänzend beauftragt der *Gesundheitsausschuss* die Verwaltung (Soziales, Jugend, Gesundheit), auf der Basis einer Ist-Analyse wirksame Konzepte für zusätzlich erforderliche begleitende niedrigschwellige *Hilfsangebote exemplarisch darzustellen und gegebenenfalls weiterzuentwickeln.*

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig in der Fassung des Beschlusses des Jugendhilfeausschusses beschlossen.

## **5 Beschlussvorlagen**

### **5.1 Einführung bzw. Ausbau des Berufsbildes „Notfallsanitäter und Notfallsanitäterin“ in der Feuerwehr und im Rettungsdienst Köln 2445/2017**

RM Herr Dr. Strahl fragt, inwieweit Hilfsorganisationen mit einbezogen seien bzw. einbezogen werden könnten.

Der Abteilungsleiter Rettungsdienst des Amtes für Feuerschutz, Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz, Herr Prof. Dr. Dr. Lechleuthner teilt dazu mit, dass bei manchen Schulen Hilfsorganisationen mit eingebunden seien. Die entsprechende Finanzierung sei durch den bereits beschlossenen Rettungsdienstbedarfsplan geregelt.

RM Herr Dr. Strahl fragt, wo die nächste Schule sei.

Der Abteilungsleiter der Gefahrenabwehr I und zentrale Einsatzorganisation des Amtes für Feuerschutz, Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz, Herr Stobbe, informiert, dass es in NRW noch mehrere Schulen gebe, allerdings nicht in unmittelbarer Nähe zu Köln.

SB Herr Heinlein fragt nach, warum die Feuerwehr der Stadt Köln ein Defizit bei der Personalanzahl habe, obwohl über den Bedarf ausgebildet werde.

Herr Stobbe antwortet, dass die Feuerwehr der Stadt Köln nicht über Bedarf ausbilde. Die Ausbildungszahlen reichten gerade aus, um die planmäßigen und unplanmäßigen Abgänge zu kompensieren. Des Weiteren seien die Kriterien für Notfallsanitäter sehr speziell.

RM Herr Kaske fragt nach, ob die geplante Schule zur Ausbildung neuer Rettungskräfte dieses Defizit decken könnte.

Der Abteilungsleiter der Aus- und Fortbildung, Analytische Task Force des Amtes für Feuerschutz, Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz, Herr Dr. Schmidt antwortet, dass dies langfristig möglich wäre, aber zuerst der Aufbau dieser Einrichtung nötig wäre. Zusätzlich merkt er an, dass die Feuerwehr bzw. die Stadt Köln dann auch für Lehrkräfte in diesem Bereich ein attraktiver Arbeitgeber sein könne.

#### **Beschluss:**

1. Der Rat beauftragt die Verwaltung im Rahmen der Sicherstellung der Nachwuchsgewinnung sowie der Qualitätssicherung, die Ausbildung von Notfallsanitäterinnen und Notfallsanitätern im Rettungsdienst Köln weiter auszubauen und die weitere Kooperation mit den Kölner Hilfsorganisationen und den kommunalen Nachbarn zu prüfen.
2. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass die Kosten für die Notfallsanitäterausbildung nach § 14 Abs. 3 RettG als Kosten des Rettungsdienstes gelten. Die Verwaltung hat dementsprechend den Bedarf im Rettungsdienstbedarfsplan aufgenommen und mit den Kostenträgern abgestimmt. Die Finanzierung wurde per Runderlass vom Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes NRW (MGEPA) vom 19.05.2015 - 234 - 0717.1.3.2 zunächst bis Ende 2018 geregelt (s. Anlage 2 + 3). Es erfolgt eine entsprechende Kostenerstattung durch die Kostenträger (Krankenkassen). Die Verwaltung geht dabei weiterhin von einer 100% Refinanzierung aus. Ab dem 01.01.2019 sind die Ansatzwerte durch die Beteiligten der Bedarfs- und Kostenplanung im Rettungsdienst gemeinsam festzulegen bzw. anzupassen, so dass eine evtl. erforderliche Satzungsanpassung der Rettungsdienstgebühren unverzüglich vorgenommen werden kann.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zur Beschlussfassung durch den Rat empfohlen.

#### **5.2 Änderung der städtischen Vertretung im Forensikbeirat an der LVR-Klinik Köln 2375/2017**

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Köln beschließt,

Frau Dr. Anne Bunte (Leiterin des Gesundheitsamtes der Stadt Köln)

dem Landschaftsverband Rheinland für eine Benennung als Mitglied des Forensikbeirates an der LVR-Klinik Köln als Nachfolgerin der bisherigen Vertreterin, Frau Oberbürgermeisterin Henriette Reker, vorzuschlagen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zur Beschlussfassung durch den Rat empfohlen.

**5.3 Förderung von Selbsthilfegruppen im Gesundheitsbereich, Haushaltsjahr 2017  
2576/2017**

**Beschluss:**

Der Gesundheitsausschuss beschließt, entsprechend der Empfehlung des gemeinsamen Unterausschusses „Selbsthilfegruppen“ des Gesundheitsausschusses sowie des Ausschusses für Soziales und Senioren, im Haushaltsjahr 2017 die Selbsthilfegruppen im Gesundheitsbereich gemäß der beigefügten Anlage, zu fördern. Mittel stehen im Teilplan 0701 – Gesundheitsdienste, Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen, zur Verfügung.

Die Restmittel werden der Selbsthilfe-Kontaktstelle Köln zur Unterstützung städtisch nicht geförderter, originärer Selbsthilfegruppen zur Verfügung gestellt. Sie dienen der Förderung von Aktivitäten, die aufgrund der geringen Antragshöhe, einmaliger Förderanfrage, o. Ä. nicht vom Gesundheitsamt bezuschusst werden.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Zuschüsse, abzüglich der bereits gewährten Abschlagszahlungen, zu bewilligen und auszuzahlen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**5.4 Drogenhilfekonzert im Rahmen der Suchthilfeplanung 2017/2018 der Stadt Köln  
2360/2017**

SB Frau Houben informiert darüber, dass die Fraktion der FDP noch Beratungsbedarf habe.

RM Herr Detjen fragt an, ob die Vorlage analog zu den bisherigen Ausschüssen ohne Votum in den Rat weitergeleitet werden könne. Des Weiteren möchte er von der Verwaltung wissen, wie der aktuelle Sachstand laute, damit man in der Thematik weiterkomme.

Der Ausschussvorsitzende, RM Herr Dr. Unna, stimmt RM Herr Detjen zu.

RM Herr Paetzold schließt sich dem Ausschussvorsitzenden, RM Herr Dr. Unna, an.

SB Frau Houben stimmt einer Diskussion über das Thema zu, möchte die Ergebnisse allerdings erst mit ihrer Fraktion besprechen.

Die Leiterin des Gesundheitsamtes, Frau Dr. Bunte, antwortet auf die Frage von RM Herrn Detjen, dass der Sachstand unverändert sei. Die Erweiterung der Öffnungszei-

ten der Kölner Anlaufstelle für Drogenabhängige (KAD) am Hauptbahnhof werde ab dem 01.10.2017 umgesetzt werden können.

Der Ausschussvorsitzende, RM Herr Dr. Unna, informiert darüber, dass nach seinem Kenntnisstand die Darstellung der letzten Bürgerinformationsveranstaltung durch die Presse auf einzelnen Informationen aus den Reihen der Bürgerinitiative stamme. Er beschreibt die letzte Sitzung des „Runden Tisches Neumarkt“ unter Leitung des Beigeordneten Dr. Rau zum Thema Drogenhilfeangebot mit Drogenkonsumraum in Neumarktnähe, an der er selber teilgenommen habe, als weniger konfliktreich im Vergleich zur vorangegangenen Veranstaltung in der Volkshochschule. Des Weiteren lobt er die Verwaltung für ihr Handeln im Umgang mit dieser Thematik.

RM Herr Dr. Strahl möchte wissen, wie hoch die Kosten für den KAD am Hauptbahnhof insgesamt seien. Ergänzend fragt er nach den Mehrkosten, die durch eine, unter Punkt 6 der Vorlage genannte Teilverlegung der Substitutionsambulanz entstünden.

Frau Dr. Bunte beziffert die Kosten für den KAD I mit Kontakt- und Beratungsstelle am Hauptbahnhof bei 3 Konsumplätzen auf ca. 900.000 €. Die Kosten für eine Teilverlagerung der Substitutionsambulanz seien momentan aufgrund der nicht bekannten Mietkosten für eine konkrete Praxis sowie erforderlichen Umbaumaßnahmen, sollte dort Diamorphin vergeben werden (Anforderungen des Landeskriminalamtes), nicht zu beziffern. Als Beispiel weist sie auf die Kosten für den gesetzeskonformen Umbau der Räume in der Lungengasse im Jahr 2011 hin.

RM Herr Dr. Strahl fragt sich, ob die Teilverlagerung der Substitutionsambulanz überhaupt sinnvoll sei.

RM Herr Paetzold ist froh über das Konzept Drogenhilfeangebot mit Drogenkonsumraum in Neumarktnähe. Weiterhin fragt er, ob es möglich wäre, einen Arbeitskreis analog zu dem Arbeitskreis am Hauptbahnhof einzurichten.

SB Frau Houben äußert, dass die FDP-Fraktion grundsätzlich für das Drogenhilfeangebot mit Drogenkonsumraum in Neumarktnähe, die Erweiterung der Öffnungszeiten des KAD am Hauptbahnhof und die geplanten Drogenhilfeangebote mit Drogenkonsumräumen in Kalk und Mülheim sei. Weiterhin regt SB Frau Houben die Prüfung der Möglichkeit zur Akquirierung von bereits barrierefreien Arztpraxen für Patienten/Aufgaben der Substitutionsambulanz an.

RM Herr Detjen fragt nach, ob es Änderungen zum Konzept Sommer 2016 bezüglich des Neumarktes gebe.

Frau Dr. Bunte informiert, dass das Grundkonzept des Drogenkonsumraumes durch die Landesvorgabe festgelegt sei und es momentan keine Änderungen gebe. Jedoch sei ein Gesamtkonzept für die Stadt Köln zum Thema illegale Drogen geplant (Anlage 2 der Beschlussvorlage).

SE Herr Dr. Theisohn berichtet, dass die Seniorenvertretung hinter den Konzepten der Drogenhilfeangebote mit Drogenkonsumräumen stehe, er es aber bedaure, dass dies in Kalk erst im Jahr 2019 umgesetzt werden solle.

Herr Beigeordneter Dr. Rau ergänzt, dass Überlegungen bzgl. eines Arbeitskreises für das Drogenhilfeangebot mit Drogenkonsumraum in Neumarktnähe bereits bestünden. Anschließend erinnert er nochmals an die Einladung anderer Standorte mit einem Drogenhilfeangebote (Zürich, Düsseldorf, Dortmund, etc.) zu einem Besuch, um eigene Erfahrungen mit der Thematik zu machen und einen Austausch an Informationen mit den jeweiligen Städten zu starten.

RM Herr Paetzold dankt der Verwaltung für die die Vorlage ergänzenden Unterlagen, insbesondere für den Erfahrungsbericht aus Zürich (Anlage 6) und den Fragenkatalog

(Anlage 5). Außerdem bewerte er die Tatsache, dass Fachverbände immer öfter mit einbezogen würden, als äußerst positiv.

Der Ausschussvorsitzende, RM Herr Dr. Unna, fasst zusammen, dass er auf der Grundlage der geführten Diskussion und den Antworten der Verwaltung den Eindruck habe, dass grundsätzlich niemand im Gesundheitsausschuss der Stadt Köln gegen das Drogenhilfekonzept sei. Dieses bewerte er positiv.

Die Vorlage wird ohne Votum zur Beratung und Beschlussfassung in die nachfolgenden Gremien verwiesen.

#### **5.5 Beschaffungsprogramm für Fahrzeuge des Rettungsdienstes 2017 2269/2017**

##### **Beschluss:**

Der Gesundheitsausschuss ist mit dem Beschaffungsprogramm 2017 für die Fahrzeuge des Rettungsdienstes (Anlage 1) einverstanden.

##### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

#### **5.6 Beschluss des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes "Starke Veedel - Starkes Köln" für den Sozialraum "Bickendorf, Westend und Ossendorf" 2481/2017**

SE Herr Dr. Theisohn teilt mit, dass er und die Seniorenvertretung den Konzepten gegenüber positiv eingestellt seien. Zusätzlich hielte er es für wünschenswert, wenn in Westend und in Ossendorf ebenfalls ein Seniorennetzwerk wie in Bickendorf entstehen würde.

Herr Beigeordneter Dr. Rau antwortet, dass er diese Anregung aufnehme.

##### **Beschluss:**

1. Der Rat beschließt das auf der Grundlage des Leitkonzeptes „Starke Veedel – Starkes Köln“ (Ratsbeschluss 20.12.2016, Vorlage-NR. 2899/2016) erstellte Integrierte Stadtentwicklungskonzept (ISEK) für den Sozialraum „Bickendorf, Westend und Ossendorf“ (siehe Anlage 1). Er beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der Maßnahmen aus dem Programm „Starke Veedel – Starkes Köln“ und der Anpassung der Maßnahmenkonzeptionen, soweit im weiteren Abstimmungsprozess mit den Fördermittelgebern aufgrund laufender Änderungen der Förderbedingungen Anpassungen erforderlich werden.
2. Der Rat beschließt die Erbringung der Leistungen durch Dritte für die im Integrierten Stadtentwicklungskonzept für den Sozialraum „Bickendorf, Westend und Ossendorf“ aufgeführten Einzelmaßnahmen, die in der Kosten- und Finanzierungsübersicht hinterlegt sind. Die Umsetzung der Maßnahmen steht unter dem Vorbehalt der Bewilligungen aus den avisierten Förderzugängen sowie einer erzielten Förderquote von mindestens 50 % der Gesamtkosten der jeweiligen Maßnahmen. Die erforderlichen Veranschlagungen des ergebniswirksamen Aufwandes und der investiven Zahlungsermächtigungen bis 2020 in Höhe von 2,2 Mio. € sind im Hpl. 2016/2017 inkl. der mittelfristigen Finanzplanung bis 2020 bereits berücksichtigt. Der entstehende Aufwand 2021 ff. in Höhe von 2,9 Mio. € für die Ge-

samtmaßnahmen des ISEKs für den Sozialraum „Bickendorf, Westend und Ossendorf“, wurde nachrichtlich aufgeführt. Die Anmeldung zum Haushaltsplan-Entwurf 2018 inkl. mittelfristiger Finanzplanung bis 2021 erfolgte aufgrund der aktualisierten Planung.

3. Der Rat beauftragt die Verwaltung,

- A) mit der Umsetzung der Maßnahmen des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes für den Sozialraum „Bickendorf, Westend und Ossendorf“ auf Basis des Leitkonzeptes „Starke Veedel – Starkes Köln“.
- B) die erforderlichen Entscheidungen zu konsumtiven Maßnahmen des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes, die im Sozialraum „Bickendorf, Westend und Ossendorf“ wirksam werden, der Bezirksvertretung Ehrenfeld vorzulegen und die zuständigen Fachausschüsse im Wege der Mitteilung zu informieren.
- C) mit der Umsetzung der investiven Maßnahmen im Sozialraum „Bickendorf, Westend und Ossendorf“. Der Rat verzichtet auf die nochmalige Vorlage, falls die zuständigen Fachausschüsse und die Bezirksvertretung Ehrenfeld ohne Einschränkung zustimmen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zur Beschlussfassung durch den Rat empfohlen.

**5.7 Beschluss des Integrierten Handlungskonzeptes "Starke Veedel - Starkes Köln" für den Sozialraum "Humboldt / Gremberg und Kalk" 2488/2017**

SE Herr Dr. Theisohn schlägt vor, dass der in Kalk eingesetzte Seniorenkoordinator auch in Humboldt/Gremberg eingesetzt werden solle. In Humboldt/Gremberg habe es bereits ein Seniorennetzwerk gegeben, welches allerdings gescheitert sei. Jedoch solle dies wieder etabliert werden.

**Beschluss:**

1. Der Rat beschließt das auf der Grundlage des Leitkonzeptes „Starke Veedel – Starkes Köln“ (Ratsbeschluss vom 20.12.2016, Vorlage-Nr. 2899/2016) erstellte Integrierte Stadtentwicklungskonzept (ISEK) für den Sozialraum „Humboldt / Gremberg und Kalk“ (siehe Anlage 1).  
Er beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der Maßnahmen aus dem Programm „Starke Veedel – Starkes Köln“ und der Anpassung der Maßnahmenkonzeptionen, soweit im weiteren Abstimmungsprozess mit den Fördermittelgebern aufgrund laufender Änderungen der Förderbedingungen Anpassungen erforderlich werden.
2. Der Rat beschließt die Erbringung der Leistungen durch Dritte für die im ISEK für den Sozialraum „Humboldt / Gremberg und Kalk“ aufgeführten Einzelmaßnahmen, die in der Kosten- und Finanzierungsübersicht hinterlegt sind. Die Umsetzung der Maßnahmen steht unter Vorbehalt der Bewilligungen aus den avisierten Förderzugängen sowie einer erzielten Förderquote von mindestens 50 % der Gesamtkosten der jeweiligen Maßnahmen. Die erforderlichen Veranschlagungen des ergebniswirksamen Aufwandes und der investiven Zahlungsermächtigungen bis 2020 in Höhe von 3,9 Mio. € sind im Hpl. 2016/2017 inkl. der mittelfristigen Finanzplanung bis 2020 bereits berücksichtigt. Der entstehende Aufwand 2021ff. in Höhe von 2,4

Mio. € für die Gesamtmaßnahmen des ISEKs für den Sozialraum „Humboldt / Gremberg und Kalk“, wurde nachrichtlich aufgeführt. Die Anmeldung zum Haushaltsplan-Entwurf 2018 inkl. mittelfristiger Finanzplanung bis 2021 erfolgte aufgrund der aktualisierten Planung.

3. Der Rat beauftragt die Verwaltung,

- A) mit der Umsetzung der Maßnahmen des ISEKs für den Sozialraum „Humboldt / Gremberg und Kalk“ auf Basis des Leitkonzeptes „Starke Veedel – Starkes Köln“.
- B) die erforderlichen Entscheidungen zu konsumtiven Maßnahmen des ISEKs, die im Sozialraum „Humboldt / Gremberg und Kalk“ wirksam werden, der Bezirksvertretung Kalk vorzulegen und die zuständigen Fachausschüsse im Wege der Mitteilung zu informieren.
- C) mit der Umsetzung der investiven Maßnahmen im Sozialraum „Humboldt / Gremberg und Kalk“. Der Rat verzichtet auf die nochmalige Vorlage, falls die zuständigen Fachausschüsse und die Bezirksvertretung Kalk ohne Einschränkung zustimmen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zur Beschlussfassung durch den Rat empfohlen.

## **6 Mitteilungen**

### **6.1 Bericht über die Beschlüsse des Gesundheitsausschusses gemäß § 42 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen der Stadt Köln 2072/2017**

Der Ausschussvorsitzende, RM Herr Dr. Unna, teilt mit, dass er diesen Bericht als positives Ergebnis der Zusammenarbeit der Verwaltung und dem Gesundheitsausschuss sehe.

SB Herr Heinlein fragt nach den zusätzlichen befristeten Stellen zum Projekt Optimierung von Früherkennung und Versorgung von Kindern und jungen Menschen mit einer psychischen Störung.

Die Leiterin des Gesundheitsamtes, Frau Dr. Bunte, informiert, dass das Landesprogramm ausgelaufen sei und die Stellen bis Ende 2017 durch Ratsbeschluss abgesichert seien. Wenn der Rat über den Haushalt 2018 entscheide, könne die Arbeit weiterlaufen.

Der Gesundheitsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

### **6.2 Beantwortung einer Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates im Ausschuss Schule und Weiterbildung zu Feinstaubmessungen rund um Kölner Schulen (AN/0938/2017) 2157/2017**

RM Herr Paetzold fragt die Verwaltung, ob ein Vortrag im Gesundheitsausschuss zum Thema Feinstaub möglich wäre.

Die Leiterin des Gesundheitsamtes, Frau Dr. Bunte, schlägt vor, dass Herr Prof. Dr. Wiesmüller als deutschlandweit anerkannter Umweltmediziner einen solchen Vortrag halten könne. Dies wäre allerdings erst bei der Sitzung am 12.12.2017 möglich.

RM Herr Paetzold und auch der Ausschussvorsitzende, RM Herr Dr. Unna, stimmen diesem Vorschlag zu.

Der Gesundheitsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**6.3 Handlungskonzept Behindertenpolitik "Köln überwindet Barrieren - eine Stadt für alle"**  
**2. Folgebericht - Bilanz 2012 - 2015 und Ausblick 2020**  
**hier: Prioritätenliste der Einzelmaßnahmen**  
**2292/2017**

Der Gesundheitsausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

**6.4 16. Bericht zur aktuellen Flüchtlingssituation**  
**2696/2017**

SB Herr Heinlein bedankt sich für den ausführlichen Bericht.

RM Herr Detjen weist auf die Steigerung der Zahlen der ärztlichen Begutachtungen zur Frage des Umzuges im Auftrag des Wohnungsamtes aus den Jahren 2012 bis 2017 hin. Er möchte wissen, wie sich die Gesamtsituation der Flüchtlinge entwickle.

Die Leiterin des Gesundheitsamtes, Frau Dr. Bunte, erläutert, dass es durch vermehrte Verfügbarkeit von Einzelzimmern in den Unterkünften zu einer Änderung der Situation gekommen sei. Weiterhin kündigt sie an, dass es dazu in der nächsten Sitzung mehr Informationen geben werde.

RM Herr Detjen schlägt vor, dass die Verwaltung die Willkommensinitiativen zu einer Sitzung des Gesundheitsausschusses einladen könne.

SE Herr Dr. Theisohn bedankt sich für die Aufgabe/die „Leerung“ der Notaufnahmeeinrichtung in Ostheim. Er bemängelt, dass nach dem Aufenthalt in dieser Notaufnahmeeinrichtung nur eine verminderte Betreuung zur Verfügung stehe und fragt an, ob dies optimiert werden könne. Des Weiteren möchte er wissen, was mit den Hallen nach der Nutzung als Flüchtlingsunterkünfte passiere.

Herr Beigeordneter Dr. Rau informiert über ein Hallennutzungskonzept inklusive einer separaten Betrachtung der einzelnen Hallen. Bezüglich der Betreuung äußert er, dass auch aus seiner Sicht mehr getan werden solle. Die Stärkung des Ehrenamtes sei bereits eine erste Verbesserung.

Der Gesundheitsausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

**6.5 Aufbau eines Hitzewarn- und Informationssystems**  
**2688/2017**

Der Gesundheitsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

## **6.6 Evaluierungsbericht zum Strategiepapier für ein ganzheitliches Toilettenkonzept in Köln 2682/2017**

RM Herr Detjen fragt sich, warum diese Toilettenliste nicht in der Köln-App zu finden sei. Er regt an, diese dort aufzunehmen.

SE Herr Dr. Theisohn weist nochmals darauf hin, dass auch an der Umsteigehaltestelle Ostheim eine Toilette notwendig sei und bittet die Verwaltung hier, trotz der erwähnten Drogenproblematik, um erneute Prüfung.

Weiterhin bittet er die Verwaltung, in Bezug auf die „Freundliche Toilette“ auf die Seniorennetzwerke zuzugehen, um gemeinsam zu überlegen, wer für die Bereitstellung einer „Freundlichen Toilette“ geeignet und bereit wäre.

RM Herr Paetzold lobt die Verwaltung dafür, dass hier viel umgesetzt worden sei.

RM Herr Dr. Strahl schließt sich dem Vorschlag der Aufnahme der Liste in die Köln-App an. Er fragt an, in welchem Zeitfenster die auf Seite 17 erwähnten City-Standorte eingerichtet würden und wie die Verwaltung die Sauberkeit bei mobilen Toiletten in Grünanlagen garantiere.

Herr Beigeordneter Dr. Rau sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Der Gesundheitsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

## **6.7 Kölner Perspektiven 2030 2794/2017**

Der Gesundheitsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

## **6.8 Luftreinhaltung - Sachstand zum Runden Tisch 2665/2017**

Herr Beigeordneter Dr. Rau teilt auf Nachfrage des Ausschussvorsitzenden RM Dr. Unna mit, dass es sich bei dieser Mitteilung um den aktuellen Stand handele.

RM Herr Dr. Strahl fragt an, ob es Erkenntnisse über die Auswirkungen der Rheinschifffahrt gebe.

Herr Beigeordneter Dr. Rau teilt mit, dass es zwar im aktuellen Luftreinhalteplan ein Kapitel zum Thema Rheinschifffahrt gebe, die Aktivitäten der Stadt Köln aber auf die Bereiche zielen sollten, bei denen sie auch Einflussmöglichkeiten habe. Beim Rhein als Bundeswasserstraße sei dies schwierig. Außer dass Landstrom angeboten werden könne, könne die Stadt Köln hier nur wenig tun.

Der Gesundheitsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

## **7 Mündliche Anfragen**

Keine

Dr. Unna  
Ausschussvorsitzender

Kaune  
Schriftführer